Zeitschrift 5.11.09

IG Metall drängt Arbeitgeber zur Krisensitzung

Landeschef Hofmann will schnellstmöglich über die Sicherung von Jobs verhandeln und schlägt eine Vier-Tage-Woche vor

VON PETRA OTTE

BÖBLINGEN. Im Frühjahr ringen Gewerkschaft und Arbeitgeber in der Metall- und Elektroindustrie das nächste Mal um Lohn-erhöhungen und Beschäftigungsbedingungen. So lange will Jörg Hofmann, der IG-Metall-Bezirksleiter im Südwesten, nicht warten und bittet die Arbeitgeber schon jetzt an den Verhandlungstisch. Thema: Wie kann Beschäftigung gesichert und jungen Menschen eine Zukunft gegeben werden? Dazu erklärte Hofmann vor rund 500 Gewerkschaftsfunktionären in Böblingen: „Die

Zeit zerrinnt uns sonst wie Sand zwischen den Fingern und mit ihr die Arbeitsplätze.“

Konkret geht es Hofmann um Lösungen, die über die heute vielfach genutzte Kurzarbeit hinausgehen, der Gewerkschafter

„Kernbereiche der Metall- und Elektroindustrie sind akut bedroht“

schlägt dazu unter anderem eine weitere tariflich vereinbarte Absenkung der Wochenarbeitszeit auf 28 Stunden vor. Das entspricht einer Vier-Tage-Woche, derzeit können Un-

ternehmen im Rahmen eines Beschäftigungssicherungsvertrags die Wochenarbeitszeit befristet von 35 auf 30 Stunden senken. Die Einkommen sinken entsprechend, bei einer weiteren Reduzierung fordert der Gewerkschafter einen Teillohnausgleich der Arbeitgeber.

Auch Berthold Huber, Bundeschef der IG Metall, sprach sich für ein rasches Handeln in der Krise aus. „Es geht um die Zukunft ganzer Regionen hier in Baden-Württemberg“, sagte Huber, Kernbereiche der Metall- und Elektroindustrie seien akut bedroht. „Es brennt licherloh“, betonte Huber. Entlassungen zu verhindern sei deshalb

auch 2010 die größte Herausforderung für Gewerkschaften, Arbeitgeber und Politik.

Die IG Metall appellierte erneut an den neuen Arbeitsminister, Betrieben auch 2010 zu ermöglichen, 24 Monate lang Kurzarbeit zu fahren. Hofmann: „Nur wenn wir Unternehmen die Instrumente an die Hand geben, können diese planen, mit den Belegschaften durchs nächste Jahr zu kommen.“ Südwestmetall erklärte, erst dann mit der Gewerkschaft über Beschäftigungssicherung zu reden, wenn auch über deren Kosten gesprochen werde. Denn diese könnten die Unternehmen nicht alleine schultern.